



Betreff:
Sozialrabatt durch Fonds energieeffizienter Haushaltstechnik

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: 08/SVV/0723

Erstellungsdatum 26.03.2009

Eingang 902:

Einreicher: GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

01.04.2009 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung: Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Zum Beschluss vom 03.12.2008 „Einführung eines Sozialrabattes durch Fonds energieeffizienter Haushaltstechnik“ teilt die Verwaltung mit, dass aufgrund der unbestimmten Formulierung des Beschlusses hinsichtlich der Definition der Zielgruppe überaus komplizierte und aufwändige rechtliche und organisatorische Prüfungen durchzuführen sind. Im Ergebnis einer Diskussion im Klimarat wird die Koordinierungsstelle Klimaschutz Experten und Akteure zu einer vertiefenden Arbeitssitzung einladen. Dazu zählen: der Bereich Wohnen der LHP, die Geschäftsstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung der LHP, die PAGA, die EWP, der AK Stadtspeuren, die Verbraucherzentrale und das Ministerium für ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz (MLUV) Referatsleiter 53 (Klimaschutz, Erneuerbare Energien, Umweltbezogene Energiepolitik, Emissionshandel) . Dabei sollen folgende Grundsätze gelten:

Jegliche Maßnahmen sollten mit intensiver Ansprache und Information v.a. von Vielverbrauchern einhergehen. Es ist zu klären, ob Fördermöglichkeiten nur für Geräte gelten, die neben der direkten Energieeinsparung auch ein aktives Verhalten fördern (z.B. abschaltbare Steckerleisten).

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt

zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Fortsetzung:

Die Zielgruppen müssen genau definiert werden. Es ist weiter zu klären, wie derartige Unterstützungen mit Leistungsbezügen vereinbar sind. Es sollte ermittelt und dargestellt werden, welches Potential zur CO₂-Reduktion mit der angestrebten Förderung verbunden wäre.

Insgesamt sieht sich, wegen der umfangreichen Problematiken, die Verwaltung nicht in der Lage die Prüfung des Beschlusses bis zum April 2009 vorzunehmen. Es wird gebeten, in der Junisitzung zu berichten.